Kapitel

Initiator*innen: Diana Gröschel (KV Mönchengladbach)

Titel: **Ä7 zu Empathisch in die Zukunft - Für ein soziales Mönchengladbach**

Text

Von Zeile 340 bis 346:

~~Dem geplanten Abschiebegefängnis im JHQ stehen wir äußerst kritisch gegenüber, da wir eine Wirksamkeit in Bezug auf die Innere Sicherheit in Frage stellen. Ausreisepflichtige Menschen sind nicht zwangsläufig eine Gefahr für die Öffentlichkeit Deshalb fordern wir belastbare Zahlen zur Bewertung. Wir fordern eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Gremien, um eine kritische Begleitung vor Ort zu ermöglichen. Stattdessen wollen wir Ressourcen in die Integration investieren.~~
Wir **lehnen den Bau und Betrieb von Unterbringungseinrichtungen für Ausreisepflichtige (Abschiebegefängnissen) in Mönchengladbach und darüber hinaus entschieden ab**. Eine solche Einrichtung widerspricht unseren Grundsätzen einer humanen, rechtsstaatlichen und integrationsorientierten Migrationspolitik.
Statt auf Ausgrenzung und Inhaftierung setzen wir auf nachhaltige und menschenrechtskonforme Lösungen. Abschiebehaft trifft oft Menschen, die sich nichts zuschulden kommen lassen haben, sondern lediglich aufgrund eines Verwaltungsakts inhaftiert werden. Die Bedingungen in bestehenden Einrichtungen zeigen immer wieder menschenrechtliche Missstände, unrechtmäßige Inhaftierungen und erhebliche psychische Belastungen für die Betroffenen.
Die Argumentation, dass eine Abschiebehaft der inneren Sicherheit dient, ist nicht haltbar.
Kriminalstatistiken belegen keinen Zusammenhang zwischen Nationalität und Kriminalität. Dennoch werden öffentliche Ängste geschürt, um eine Politik der Isolation

und Abschreckung zu rechtfertigen. Wir stellen uns diesem Narrativ entgegen und setzen uns für eine faktenbasierte, rechtsstaatliche und menschenwürdige Migrationspolitik ein.
Wir stehen für eine Stadt, die Integration statt Isolation fördert. Finanzielle Mittel, die für den
Bau und Betrieb eines Abschiebegefängnisses vorgesehen sind, müssen in sinnvolle Maßnahmen investiert werden – in Sprachkurse, Sozialarbeit, Bildungsangebote und Arbeitsmarktintegration.
Mönchengladbach soll eine Stadt der Chancen und nicht der Abschottung sein.

Begründung

Die geplante Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in Mönchengladbach ist ein Symbol für eine restriktive Migrationspolitik, die auf Ausgrenzung und Abschreckung setzt, statt nachhaltige Lösungen für Menschen in prekären Situationen zu schaffen.

Die Kriminalstatistiken zeigen keinen kausalen Zusammenhang zwischen Nationalität und Kriminalität. Dennoch wird in öffentlichen Debatten oft suggeriert, dass Abschiebehaft der inneren Sicherheit dient. Tatsächlich belegen Studien und Erfahrungen aus bestehenden Einrichtungen wie Büren, dass Abschiebehaft oft willkürlich verhängt wird und Menschen unverhältnismäßig lange inhaftiert bleiben – obwohl kein strafrechtliches Vergehen vorliegt.

Zudem zeigen Berichte über bestehende Abschiebegefängnisse erhebliche menschenrechtliche Mängel auf:

- Menschen werden häufig unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht, obwohl Abschiebehaft keine Strafhaft ist.
- Die psychischen Belastungen für die Inhaftierten sind enorm, da sie oft in völliger Unsicherheit über ihre Zukunft leben.
- Es gibt zahlreiche dokumentierte Fälle von unrechtmäßiger Abschiebehaft.

Nicht zuletzt sind die finanziellen Kosten enorm: Für das bestehende Abschiebegefängnis in Büren wurden für 2025 Kosten von über **21 Millionen Euro** veranschlagt – Gelder, die stattdessen in Integrationsmaßnahmen investiert werden sollten.

Der Kreisverband Mönchengladbach darf sich nicht an der Normalisierung von Abschiebehaft beteiligen. Wir stehen für eine Migrationspolitik, die auf menschenrechtliche Standards und Integration setzt, anstatt Menschen ohne Perspektive wegzusperren.